Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4436**
17. Wahlperiode 19. 01. 2011

Antrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Katja Dörner, Kai Gehring, Krista Sager, Ekin Deligöz, Memet Kilic, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildungsberichte nutzen – Bildungssystem gerechter und besser machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem nationalen Bildungsbericht 2010 liegt die dritte umfassende empirische Bestandsaufnahme des Bildungswesens in Deutschland vor. Wie auch die Ergebnisse der PISA-Studie von 2009 zeigt der Bericht, dass in Deutschland noch immer ein erschreckend hoher Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg besteht. Das deutsche Bildungssystem steht daher noch immer vor der Herausforderung, Integration zu erleichtern statt Ausgrenzung zu befördern. Zur Bewältigung dieser Aufgabe kann der nationale Bildungsbericht einen wichtigen Beitrag leisten.

Der besondere Wert dieser Bestandsaufnahme liegt darin, dass sie alle Bildungsphasen umfasst und auch die nichtformalen Bildungsprozesse einbezieht. Entscheidend für den Wert der Bildungsberichterstattung ist aber, welche Konsequenzen aus seinen Befunden und Ergebnissen gezogen werden. Hier bestehen noch gravierende Defizite. Der nationale Bildungsbericht formuliert bisher keine Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Gerade dies wäre aber von Bedeutung. Andere Berichte, wie beispielsweise zu PISA, haben gezeigt, dass Empfehlungen zu positiven Veränderungen führen können. Um aus den Analysen der Fachleute einen möglichst hohen Gewinn für die Bildungspolitik zu ziehen, sollten die Autorinnen und Autoren daher auf der Basis ihrer Erkenntnisse zukünftig im Bericht auch Handlungsvorschläge unterbreiten können, um die Bildungspolitik dabei zu unterstützen, den anstehenden Herausforderungen angemessen begegnen zu können.

Die Anforderungen, die der wirtschaftliche Strukturwandel an Bildung, Aus- und Weiterbildung stellt, sind beachtlich. Der demografische Wandel wird zu einer massiven Veränderung der Bevölkerungsstruktur führen und die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen. Gerade weil es immer weniger junge Menschen geben wird, muss ein besonderes Augenmerk auf die Förderung jedes und jeder Einzelnen gelegt werden. Der nationale Bildungsbericht zeigt auf, wie notwendig dieses Umsteuern ist: Derzeit nimmt die Kluft zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Menschen aller Altersstufen zu. Eine alternde und immer heterogener werdende Gesellschaft, die von einer immer wissensintensiveren Wirtschaft lebt, muss den Blick von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung im Alter in den Blick nehmen und in allen Lebensphasen optimale Bedingungen zum Weiterlernen schaffen.

Gleichzeitig verlangt die Schuldenbremse des Grundgesetzes einen effizienten Mitteleinsatz und eine deutliche Prioritätensetzung zugunsten der Bildungsfinanzierung. Das Grundgesetz muss im Sinne eines modernen Föderalismus außerdem so geändert werden, dass eine Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden möglich wird, die den künftigen Herausforderungen in der Bildungspolitik gerecht wird. Dabei geht es darum, dem Bund Möglichkeiten der kooperativen Zusammenarbeit mit den Ländern zu geben.

Das deutsche Bildungssystem hat sich zudem dem Wandel der Familien- und Lebensformen zu stellen. Die notwendige Mobilität von Familien und Lehrkräften muss durch bundesweit einheitliche Bildungsstandards erleichtert werden. Zentral sind ein umfassendes Angebot an frühkindlicher Bildung, längeres gemeinsames Lernen und ein flächendeckendes Angebot an gebundenen Ganztagsschulen. Davon müssen vor allem Kinder aus so genannten Risikolagen profitieren. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, vergibt trotz des klaren Auftrags des Bundesverfassungsgerichts mit hrer Umsetzung des Bildungspakets für Kinder im SGB-II- und SGB-XII-Bezug eine wichtige Chance, allen Kindern durch eine bessere Bildungsinfrastruktur bessere Teilhabechancen zu geben. Es droht ein kleinteiliges, überbürokratisches Bildungspaket, das mit öffentlichen Mitteln eine Parallelstruktur zu Schulen finanzieren wird. Statt die Lernförderung dort anzubieten, wo die Kinder und Jugendlichen sich tagtäglich aufhalten, fördert die Bundesministerin private Nachhilfeinstitute.

Dem im Bildungsbericht skizzierten, sich abzeichnenden Mangel an Hochqualifizierten muss mit einer Ausbauoffensive an den Hochschulen frühzeitig begegnet werden. Mit einem Ausbau der Studienplatzkapazitäten durch den Hochschulpakt haben Bund und Länder versucht, auf die stark gestiegenen Studienberechtigtenzahlen zu reagieren. Allerdings ist dieser Pakt vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie doppelte Abiturjahrgänge durch G8, einem steigenden Anteil von Hochschulzugangsberechtigten sowie mehr beruflich Qualifizierte, mangelnde Qualität bei Studien- und Lehrbedingungen und die Aussetzung der Wehrpflicht unterfinanziert und unterdimensioniert. Der Hochschulpakt muss darum zu einem „Pakt für Qualität in Lehre und Studium“ ausgebaut werden. Daneben ist es unerlässlich, für eine stärkere soziale Öffnung der Hochschulen zu sorgen. Dazu gehört unter anderem eine gerechtere Studienfinanzierung durch das grüne Zweisäulenmodell.

Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund brauchen nach den Erkenntnissen aller Bildungsberichte der letzten Jahre eine gezielte Förderung in allen Bildungsphasen, angefangen bei der frühkindlichen Bildung über die Schule bis hin zu Studium und Ausbildung. Denn auch wenn die aktuelle PISA-Studie 2009 bescheinigt, dass vor allem die Gruppe der 15-Jährigen mit Migrationshintergrund einen großen Sprung gemacht hat und durch ihre Leistungssteigerung entscheidend dazu beigetragen hat, dass sich der gemessene Leistungsstand deutlich verbessert hat, so sind ihre Chancen im Bildungssystem derzeit noch um einiges schlechter als die der 15-Jährigen ohne Migrationshintergrund. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wirkt sich die soziale Herkunft in keinem anderen Staat so stark auf die Leistungen von Schülerinnen und Schülern aus wie in Deutschland. Der Rückstand von Kindern mit Migrationshintergrund beträgt nach der neuesten PISA-Studie ein Schuljahr. Im schulischen Bereich ist zusätzlich eine gezielte Förderung von Jungen und eine geschlechtersensible Pädagogik nötig. Das beinhaltet eine emanzipatorische Erziehung, damit Geschlechterklischees abgebaut und den Kindern und Jugendlichen stattdessen moderne Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit nahegebracht werden. Lehrerinnen und Lehrer brauchen dafür Aus- und Weiterbildungen in Genderkompetenz.

Im Bereich der Weiterbildung sind es vor allem die Geringqualifizierten, die Teilzeitkräfte und die Migrantinnen und Migranten, die besondere Förderung und gezielte Anreize brauchen.

Um das Bildungssystem weiterzuentwickeln, muss die Bundesregierung nun auf der Basis der Bildungsforschung und Bildungsberichterstattung, die sie selbst in Auftrag gibt und aus den Mitteln des Bundesministeriums finanziert, endlich konsequent handeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften in allen Bereichen des Bildungssystem zu erfüllen und dazu

- im Bereich der frühkindlichen Bildung dazu beizutragen, dass mittelfristig für den bedarfsgerecht ausgebauten Ganztagsbetrieb ein Personalmix möglich wird, durch den pro Kindergruppe eine Fachkraft mit Hochschulabschluss tätig ist und die Fachkraft-Kind-Relation zu verbessern, um eine optimale Förderung aller Kinder zu gewährleisten. Dabei muss einberechnet werden, dass auch für den Ausbau des Ganztagsschulangebotes mehr Angebote von Betreuung und Erziehung durch gut qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiter und Psychologen im Rahmen von gemischten Schulteams und Bildungsangebote aus Kunst, Musik und Handwerk gebraucht werden;
- einen Beitrag dazu zu leisten, dass mehr Lehramtsstudierende ausgebildet werden. Dazu gehören Qualifizierungsprogramme für Quereinsteiger und für Menschen aus künstlerischen und anderen kreativen Berufen, um so den notwendigen Personalmix an den gebundenen Ganztagsschulen sicherzustellen;
- gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Bildungseinrichtungen Strategien zu entwickeln, um mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen;
- einen Beitrag zu leisten, die Lehrerausbildung entsprechend den Anforderungen von individueller Förderung, ganztägigem Schulalltag, Teamarbeit, Berufs- und Studienorientierung u. a. zu modernisieren. Dadurch werden die notwendigen Veränderungen eines qualifizierten Unterrichts- und Schulalltags unterstützt;
- eine Fortbildungsoffensive an den Schulen zu unterstützen. Der Bund kann hierfür die grundlegende und die begleitende Forschung verstärken und die Ergebnisse gemeinsam mit den Ländern nutzbar machen. Außerdem müssen die ausbildenden Hochschulen dabei unterstützt werden, verstärkt über die Unterrichts- und Schulwirklichkeit zu forschen, damit eine wissenschaftlich reflektierte Praxisorientierung von Anfang an zum unverzichtbaren Bestandteil des Studiums werden kann;
- Initiativen zu starten, die über alle Bildungsbereiche hinweg pädagogische Fachkräfte im Umgang mit Heterogenität und individueller Förderung unterstützen;

b) die Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels endlich anzunehmen und dazu

- gemeinsam mit den Ländern den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ab 2013 zu erfüllen und das Recht auf einen Ganztagsplatz gesetzlich zu verankern;
- angehende Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen ihrer Ausbildung und Weiterbildung zu qualifizieren, um durch eine alltagsintegrierte Förderung zur Sprachbildung von Kindern unter sechs Jahren beizutragen;

- die Hochschulen gemeinsam mit den Ländern so auszustatten, dass alle Studierwilligen einen gut ausgestatteten Studienplatz erhalten, der ihnen einen erfolgreichen Studienabschluss ermöglicht. Dabei muss auch der Zugang zum konsekutiven wie zum späteren berufsbegleitenden Masterstudiengang allen qualifizierten Interessierten ermöglicht werden;
- gemeinsam mit den Ländern zu umfassenden Maßnahmen für eine soziale Öffnung der Hochschulen zu kommen, unter anderem durch eine gerechtere Studienfinanzierung mit einem Zweisäulenmodell;
- die Aufstiegsfortbildungsförderung (sog. Meister-BAföG) zu einer Erwachsenenbildungsförderung auszubauen, um das lebenslange Lernen durch einen individuellen Mix aus Zuschuss und Darlehen für Maßnahme- und Lebenshaltungskosten zu unterstützen und so die Weiterbildungsbeteiligung, vor allem der bisher unterrepräsentierten Gruppen, deutlich zu erhöhen;
- ein Konzept für ein aktivierendes Bildungssparen vorzulegen, das finanzschwächere Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer überproportional fördert und durch das das Absenken der Wohnungsbauprämie auf eine verlässliche finanzielle Grundlage gestellt wird;
- die Angebote für Deutsch als Zweitsprache und interkulturelle Pädagogik in den Ausbildungsangeboten für den Lehrerberuf zu verstärken;

c) die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem für Menschen mit Migrationshintergrund gezielt zu verbessern und dazu

- eine durchgehende Sprachförderung sicherzustellen, die von der frühkindlichen Bildung über die Schule und die berufliche Bildung bis hin zu Studium und Weiterbildung reicht und Deutsch als Bildungssprache gezielt vermittelt bzw. stärkt. Gleichzeitig sollte die Herkunftssprache wertgeschätzt und in die Bildungsprozesse eingebunden werden;
- den Ausbau von gebundenen Ganztagsschulangeboten durch ein neues Bundesprogramm flächendeckend zu unterstützen und dabei nicht nur die Gebäude sondern auch Personal- und Sachmittel zu finanzieren. Dabei sollte eine spezielle Unterstützung für Schulen in sozial schwierigem Umfeld gewährt werden;
- die vielfältigen Initiativen des Bundes zur Förderung des Übergangs von Schule in Ausbildung oder Beruf umzugestalten. Aus dem bisherigen Übergangsdschungel muss ein breiter Eingang in die betriebliche Ausbildung durch flächendeckende Angebote überbetrieblicher Ausbildungsstätten werden. Dabei müssen über die vagen Ankündigungen des Ausbildungspaktes hinaus vor allem die Bedürfnisse von Schulabgängerinnen und Schulabgängern aus so genannten Risikolagen durch gezielte individuelle Förderung innerhalb einer stärker modularisierten Ausbildung berücksichtigt werden, um den Ausbildungserfolg dieser Gruppen deutlich zu steigern;
- endlich den individuellen Rechtsanspruch auf transparente und schnelle Verfahren zur Bewertung und Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen einzuführen sowie das Angebot zu Nach- und Anschlussqualifizierungen und begleitenden Beratungsangeboten auszubauen;

d) das Bildungssystem gendersensibel zu machen und dazu

- in allen Bildungsbereichen von der Ausbildung über die Einstellung bis zur Beförderung ein ausgewogenes Zahlenverhältnis von männlichen und weiblichen Fachkräften zu fördern;

- in allen Bildungsbereichen eine gendersensible Didaktik und Praxis zu stärken;
- im schulischen Bereich eine emanzipatorische Erziehung zu unterstützen sowie eine individuelle Förderung von Jungen und Mädchen. Daneben sind spezifische Angebote insbesondere für die Gruppen der Jungen, die derzeit häufig als „Verlierer“ aus dem Bildungssystem fallen, zu entwickeln und umzusetzen;
- bei der schulischen Berufs- und Studienorientierung, auch in der Zusammenarbeit mit Betrieben, der Bundesagentur für Arbeit, beruflichen Schulen und Hochschulen, auf eine breite Information hinzuwirken, um gendertypische und andere gruppenstereotype Verengungen in den Auswahlentscheidungen zu überwinden;

e) den nationalen Bildungsbericht noch wirkungsvoller zu machen und dazu

- den Auftrag zur Erstellung des nationalen Bildungsberichts gemeinsam mit den Ländern so zu ergänzen, dass Inklusion und besondere Förderung als Querschnittsthema aufgenommen wird. Die konsequente Umsetzung von Inklusion in den Ländern sollte durch ein Monitoring begleitet werden;
- den Auftrag zur Erstellung des nationalen Bildungsberichtes gemeinsam mit den Ländern so zu ergänzen, dass die Autorinnen und Autoren auf der Basis ihrer Erkenntnisse im Bericht auch Handlungsvorschläge unterbreiten können;
- die Effizienz der für den Bericht und für die sonstige Bildungsforschung eingesetzten Mittel dadurch zu erhöhen, dass aus den Erkenntnissen der Forschungsprojekte und Berichte wie etwa FÖRMIG oder auch EFI zeitnah Konsequenzen gezogen werden;

f) gemeinsam mit den Ländern als Schwerpunkt des nationalen Bildungsberichts 2014 die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Bildungsträgern und Einrichtungen festzulegen und diese daraufhin zu untersuchen, wie der Bildungserfolg von Kindern vor allem aus so genannten Risikolagen verbessert werden kann;

g) Verhandlungen mit den Ländern für eine Reform der Verfassung aufzunehmen, die die Grundlagen dafür schaffen, dass Bund und Länder in allen Bildungsbereichen kooperativ zusammenwirken können;

h) die überschüssigen Mittel aus dem Solidarpakt zu einem sog. Bildungssoli umzuwidmen, um die notwendigen Vorhaben in der Bildungspolitik finanzieren zu können.

Berlin, den 18. Januar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333